

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
Inhaltsverzeichnis in Dresden und anderen bei zweimonatlicher Zustellung 100 Pf. monatlich 1 20 Pf.
Die einzelnen 37 nach Seite 10 Pf. für Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt 10 Pf. und 20 Pf. für Anzeigen unter
Zahl. Ausdrücke Kultur gegen Vorauszahlung. - Gehalt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 35/40.
Druck u. Verlag von Wepich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 10 395 Leipzig.

Gesangbücher
— in großer Auswahl. —
Albert Rehfeld **Pirnaischer Platz.**
Verkauf an Wiederverkäufer.

Lederkoffer, Ledertaschen
Reiseartikel sowie alle Arten Lederwaren
in Luxus-Ausführung und für
den praktischen Gebrauch empfiehlt in großer Auswahl
Oscar Zscheile
13 Prager Straße
Ecke Ferdinandstr.

KASINO
Seestrasse 7
Stimmungskonzerte — Kapellmeister Rost

Französisch-ameritanische Spannung in Paris.

Mißbrauch der Macht.

Zur Feiertagsdebatte in der Sächsischen Volkstammer.

Wer im Besitze der Macht ist und in ihrem Gebrauch weise zurückhält, ist dadurch Zeugnis von seiner politischen Reife und seinem Verständnis für richtige Regierungskunst ab. Wer dagegen sich aufbläht und der, wie die alten Griechen sagten, den Göttern verhassten Ombros, dem schwärmenden Uebermut des Gewalthabers verfällt, beweist einen ihm selbst ebenso wie der Allgemeinheit gefährlichen Mangel an Einsicht in die staatspolitischen Notwendigkeiten, die jede unnütze Reibung und Neigung verbieten und den tauschlichsten Ausgleich vorhandener Gegensätze fordern. Dieser Mangel war sich die sozialdemokratische Mehrheit offenbar nicht bewußt, als sie am Montag in der Sächsischen Volkstammer die Debatte über den von ihr eingebrachten Antrag heraufbeschwor, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der 1. Mai und der 9. November zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden. „Vorgetan und nachbedacht, hat manchem schon groß Leid gebracht“, sagt ein altes wahres Sprichwort, das auch auf den vorliegenden Fall vortrefflich paßt. Der rein formale Umstand, daß der Antrag schließlich durch das Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur Annahme gelangt ist, ist für die „Sieger“ nur ein schwacher, ein sehr schwacher Trost gegenüber der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien in einheitlicher Front der Sozialdemokratie gegenübertraten und den Antrag ablehnten. In der Art, wie das geschah, sowohl von Seiten der Demokraten wie der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, trat die haltlose Schwäche des sozialdemokratischen Standpunktes in dieser Frage voll und scharf zutage in die Erscheinung, und die Sozialdemokratie als solche, ohne Unterschied der beiden Richtungen, zog sich eine so bedauerliche moralische Niederlage zu, daß jedenfalls die Mehrheitssozialisten — die Unabhängigen pflegen sich ja aus moralischen Gründen nichts zu machen — den Eindruck davon noch lange verspüren und im stillen Kämmerlein vor sich selbst das Verurteilnis ablegen werden, einen gründlich verfehlten Streich geführt zu haben. Der Antrag war vorweggegangen aus einem Uebermaß des Machtstrebens, der durchaus nach irgendeiner Vergeltung der Revolution, nach einem äußerlich sichtbaren Triumphzeichen verlangte, um den Mächten, denen die sogenannten Errungenschaften der Umwälzung noch nicht weit genug gehen und denen das Tempo bei der Umkehrung der alten Staats- und Verfassungsordnung zu langsam ist, einen neuen Begriff von der revolutionären Allmacht zu geben. Die Beweggründe zu dem sozialdemokratischen Vorstoß lagen weitab von jeder sachlichen Ermäßigung und wurzelten ausschließlich in dem allgeringfügigsten politisch-agitatorischen Boden, den zu beackern keine ihrer Verantwortlichen bewußte Regierung über sich gewinnen dürfte. Hier aber haben gleich fünf Minister auf einmal den Antrag mitunterzeichnet, ein Verfahren, das von dem Redner der Demokratischen Partei mit Recht als eine schwere Verletzung der amtlichen Neutralität geachtet wurde.

Auf bürgerlicher Seite merkte man die Absicht und wurde ernstlich verstimmt. Der Redner der Demokratischen Partei eröffnete den Angriff gegen die Sozialdemokratie mit der Klippe und klaren Feststellung, daß der Antrag eine Herausforderung des Bürgerertums darstelle, und nach ihm fuhr der deutschnationalen Redner das ganze schwere Geschick auf, das ihm gegenüber dem Vorschlag der Sozialdemokratie zu Gebote hand und das er in ausgiebiger und wirksamer Weise verwendete, ohne durch übermäßige polemische Schärfe den verachtenden sachlichen Eindruck seiner Ausführungen zu beeinträchtigen. Inseht trat der Redner der Deutschen Volkspartei auf den Plan, gab der Sozialdemokratie noch eine bittere Pille zu schlucken und betonte die Einmütigkeit der bürgerlichen Parteien bei der Ablehnung dieses herausfordernden Antrages. Die gesamte bürgerliche Haltung war durchaus würdevoll und wird hoffentlich das dauernde Gute haben, daß sie der Sozialdemokratie die Erkenntnis beibringt, wo die Grenzen ihrer Macht liegen. Das Bürgerertum einschließlich der Bauernschaft hat sich bis jetzt in so selbstloser Weise in den Dienst der Neuordnung gestellt, vielfach unter den schwersten Opfern an persönlichen Ueberzeugungen und eingewurzelten Anschauungen, daß die neuen Männer alle Urkräfte hätten, wenn nicht aus Dankbarkeit, die ja in der Politik keine Rolle spielt, so doch aus Rücksicht auf den angehörten Fortgang der staatlichen Geschäfte und des ganzen politischen Betriebes, alle mutwilligen Eindrungen dieses Verhältnisses zu vermeiden. Die sächsische Sozialdemokratie muß geradezu von allen guten Geistern verlassen gewesen sein, als sie dieser einfachen Binsenwahrheit zum Trost den Plan ihres Antrages schwebete, der für das bürgerliche Empfinden — nur wie ein Hauptschlag ins Gesicht wirken konnte.

Die Auseinandersetzung über den sozialdemokratischen Antrag hat mit aller Schärfe den klaffenden Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Weltanschauung enthüllt. Die Gegenüberstellung konnte bei einer Ausprache solcher Art unmöglich ausbleiben, und es mußte daher geradezu wie blutiger Dohn wirken, wenn der Unabhängige, der den Antrag begründete, dies mit dem Hinweis tat, er hoffe vielleicht auch die rechte Seite dafür zu gewinnen. Der Redner der Unabhängigen handelte offenbar nach dem Gefühl, daß, wer den Schaden hat, für den Spott nicht zu sorgen braucht, weil er von seinem Standpunkte aus annehmen zu dürfen glaubte, daß die Bürgerlichen durch die Annahme des Antrages von Seiten der Sozialdemokratie tatsächlich den Schaden davontragen würden. Diese kurzfristige Auffassung wurde aber durch den Verlauf der Debatte gründlich widerlegt. Nicht das Bürgerertum hat in der Montagdebatte als besetzte Partei das Kampffeld verlassen, sondern die Sozialdemokratie ist abgegangen mit schweren Wunden, die so leicht nicht heilen werden. Die bürgerlichen Vertreter, in ihren heiligsten und berechtigtesten Empfindungen durch die sozialdemokratische Maßlosigkeit verletzt, haben sich einmal gründlich in vollkommener sachlicher Uebereinstimmung alles vom Herzen heruntergeredet, was sie so lange teils gänzlich verschwiegen, teils nur vereinzelt offenbart hatten. Das soll nicht aber heißen, als sei nun das Bürgerertum innerlich entschlossen, von seiner bisherigen Haltung, kraft deren es sich im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt auf den Boden der Neuordnung gestellt hat, zurückzutreten und seine grundsätzliche Stellungnahme im Sinne einer Hinneigung zu gegenrevolutionären Strömungen und Experimenten zu revidieren. Nichts von alledem! Auch nicht die allerleiseste Andeutung solcher Absicht ist laut geworden. Die bürgerlichen Elemente werden auch künftig fortfahren, nach dem Wahlspruch zu handeln: „Patrius inseruendo consumor“ (Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich), den Fürst Bismarck zu dem seinigen gemacht hatte. Was sie aber bei allem guten Willen nicht verhindern können, ist das Umsichgreifen einer tiefen Verärgerung, Verstimmung und Erbitterung auf bürgerlicher Seite, wenn die Sozialdemokratie bloß zur Befriedigung ihres Machtstrebens und ihres Agitationsbedürfnisses sich über alle von der politischen Klugheit gebotenen Rücksichten hinwegsetzt und durch amöbische Kraftproben die Grundlage des Einvernehmens zerstört, das zur gedeihlichen Mitarbeit des Bürgerertums an den öffentlichen Dingen unerlässlich ist. Wenn die Mehrheitssozialdemokratie gut beraten ist, wird sie sich die Erfahrung des 31. März zur Warnung dienen lassen und nicht wieder einen so groben Mißbrauch mit der parlamentarisch-politischen Macht treiben.

Die Herrschaft der Kommune in Ungarn.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Wien, 1. April. Ein aus Budapest in Wien eingetroffener Diplomat teilte einem Mitarbeiter der „Wiener Mittagspost“ mit, daß Budapest unter dem Druck eines unerbittlichen Terrors leide. Rein Mendel, der sich nicht zum Volkswissenschaftler bürgern lassen will, hat sich seiner Freiheit sicher, und die Tatsache, daß 150 ehemalige Abgeordnete ins Gefängnis gebracht wurden, trägt nicht dazu bei, die Stimmung zu heben. Auch erzählt man sich, daß Wexler unbedingte der Prozedur gemacht und er hingerichtet werden dürfte. Die öffentliche Sperrung aller Depots hat naturgemäß zu einem außerordentlichen Notstand gerade unter den Leuten geführt, die keine Beuene haben. Dazu kehrt vor allen Dingen die ungarische Arbeiterklasse. Die reiche Budapestergesellschaft verurteilt das härteste, um wegzukommen und nach Wien zu flüchten. Die Lebensmittelnot ist furchtbar.

Die Bolschewikenherrschaft in Westungarn.

Wien, 1. April. Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet: Nach Berichten von heute aus Ledenburg hier eingetroffener Reisenden geht hervor, daß die ungarischen Bolschewiken ihre Herrschaft auf Westungarn ausdehnen. Die in Ledenburg einmarschierten 800 roten Garbisten gehörten in den Kirchen die Bilder und vertrieben die Professoren und Rotten aus den geistlichen Schulen. Die Geschäfte sind geschlossen. In Stuhlweissenburg soll es zwischen der roten Garde und der Zivilbevölkerung zu Schieberereien gekommen sein.

Oberst Big in Belgrad.

Belgrad, 1. April. (Frankfurter Post.) Oberst Big traf nach fünfjähriger Internierung in Budapest mit den Mitgliedern der französischen, englischen und serbischen Missionen in Belgrad ein.

Deutschland und Sowjetrußland.

Berlin, 1. April. (Wg. Drahtmeld.) Die deutsche Regierung hat, wie der „Vol. Anz.“ von amtlicher Seite hört, den Wunsch, die deutschen Truppen recht bald aus dem Baltikum und Litauen herauszulassen. Die Entente will aber, wie sie erklärt hat, der deutschen Truppen zurzeit noch nicht entziehen. Sobald nur irgendmöglich, werden diese in die Heimat zurückbefördert werden. Die gleiche Stelle betont, daß zwischen uns und Rußland kein Kriegszustand bestehe und der Verkehr mit der russischen Sowjetregierung keineswegs abgebrochen ist.

Erste Lage auf der Friedenskonferenz.

Rotterdam, 1. April. Dem „Nieuwe Rotterd. Cour.“ zufolge meldet „Daily Chronicle“, daß die Frage der Wiedergutmachung eines der größten Hindernisse für den Frieden sei. Man sei der Meinung, daß man, wenn die Franzosen der amerikanischen Methode zur Lösung der Wiedergutmachung betreffenden Fragen verpflichtet, sagen könne, daß der Frieden beinahe in Sicht sei. Seit gestern sei jedoch die ganze Lage verändert. Die Franzosen nähmen den Standpunkt ein, daß das ganze Saartal Frankreich als Entschädigung für die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlenbergwerke abgetreten werden müsse. Es werde angenommen, daß sowohl Wilson als auch Wood George dagegen Einspruch erhoben haben. Der amerikanische Standpunkt sei der, daß die Alliierten sich zu dem Grundsatze bekannt haben, daß die Völker nicht verurteilt und nicht ohne ihre eigene Zustimmung von einer nationalen Obergewalt einer anderen abgetreten werden dürften. „Daily Chronicle“ schreibt weiter, daß es bezeichnend sei, wenn die in Amerika herrschende Unzufriedenheit über die Verhandlung des Friedensabstufes auf Wilson einen Einfluß ausübe und er sich frage, ob er den Interessen seines Landes damit diene, daß er länger in Paris bleibe. Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die Spannung auf der Friedenskonferenz ihren Höhepunkt erreicht, wobei ganz offen darauf hingewiesen wird, daß an dieser Verhandlung des Friedens Frankreich die Schuld trägt. „Daily Chronicle“ schreibt: Der ärgerlichste Zug an der Haltung der Franzosen sei die Tatsache, daß sie immer wieder, nachdem sie klar und deutlich einer bestimmten Regelung beipflichtet haben, neue Vorschläge machen, die mit der früheren Uebereinkunft nicht vereinbar seien, oder der ursprünglichen Regelung nicht nachkommen wollen. Inzwischen sei die Lage in Europa so schlecht geworden, daß manches Volk, um das es bei den Verhandlungen gehe, schon zweifle, ob die Alliierten dieser Lage Herr werden könnten. Die Wahrheit sei, daß die Lage auf der Friedenskonferenz ernst sei. Wenn nicht bald eine Aenderung zum Guten eintrete, könnten sich auffeherrnende Dinge ereignen.

Amerika will sich zurückziehen.

Rotterdam, 1. April. Dem „Nieuwe Rotterd. Cour.“ zufolge meldet „Daily Telegraph“ aus New York, daß der Korrespondent der „New York Times“ bei der Friedenskonferenz seinem Blatte mitteilte, daß Amerika sich möglicherweise von der Friedenskonferenz zurückziehen werde. Ein Auszug seines Telegramms lautet folgendermaßen: Wenn die Verhandlungen auf der Friedenskonferenz nicht besser werden, ist es wahrscheinlich, daß die Welt eine große Sensation erleben wird. In Wirklichkeit sind die Sitzungen des Rates der Vier auf einem toten Punkte angekommen. Die ganze letzte Woche kann als verschwendet angesehen werden. Weiter ist tatsächlich eine Krise eingetreten. Die Lage hat sich verschlimmert, statt gebessert.

Eine wichtige Rede in Paris.

Paris, 1. April. Nach einer Davaus-Meldung hatten Wilson, Wood George, Orlando, Clemenceau, Balfour, Sonnino, Lansing und Pichon gestern nachmittags eine verständliche Unterredung, an der während einiger Zeit auch Marshall Foch und die Generale Diaz und Wilson teilnahmen.

Die englisch-ameritanische Einigkeit.

Basel, 1. April. (Wg. Drahtmeld.) Neuer verbreitet einen Artikel des „Observer“, der die Einigkeit Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gegenüber den französischen und italienischen Reaktionen und den extremen Kreisen der neuen Staaten aufs schärfste betont und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund fordert, wobei es an der Aktion gegen den Volkswissenschaftler teilzunehmen hätte, für mindestens zwölf Monate verproviantiert würde und Danks gehalten könnte.

Das Schicksal Danzigs.

Paris, 1. April. (Reuter.) Die Frage des zukünftigen Schicksals Danzigs ist noch ungeklärt. Wahrscheinlich wird die Frage so gelöst werden, daß die Stadt Danzig und die Bahn, die sie mit dem polnischen Eisenbahnnetz verbindet, internationalisiert werden und daß darauf das Mandatssystem Anwendung findet.

Aufhebung der Fischausfuhrverbote.

Stockholm, 1. April. Laut „Stockholms Tagesblatt“ hat der amerikanische Gesandte in Stockholm, Morris, vom Obersten Stockabergat telegraphisch die Nachricht erhalten, daß alle Norwegen, Schweden und Dänemark auferlegten Fischausfuhrverbote nach Deutschland aufgehoben worden sind. Das schwedische Rote Kreuz ist somit in die Lage versetzt, 200 000 Tonnen Fische nach Deutschland auszuführen.

Lebensmittel aus Rotterdam.

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.) Haag, 1. April. Heute ist die erste Sendung Lebensmittel (Sämlas, Sved und Weid) von Rotterdam nach Deutschland abgegangen. Es sind bereits Verträge für Lieferungen im Werte von 150 Millionen Gulden abgeschlossen.